

Resolution - Vertreterversammlung der KV Berlin fordert „tiefgreifenden Mentalitätswandel“ bezugnehmend zur aktuellen OPW Steigerung

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin beschließt in ihrer Sitzung am 26.09.2024 die folgende Resolution:

Die Arbeitsbedingungen für ambulant tätige Ärztinnen und Ärzte haben sich in den letzten Jahren zusehends verschlechtert. Nach einer aktuellen Umfrage des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi) plant die Hälfte der Niedergelassenen eine vorzeitige Abgabe ihrer Praxis. Gleichzeitig wird in Haus- und Facharztpraxen sowie in Praxen für Psychotherapie im Vergleich zu Krankenhäusern der überwiegende Teil der medizinischen Versorgung der Bevölkerung erbracht. Dies kann in der Regel nur mit funktionierenden Praxis-Teams geschehen, die aufgrund der immer schlechter werdenden Arbeitssituation auseinanderzubrechen drohen.

Obwohl weitgehende Einigkeit über die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus besteht, nehmen die Anforderungen der verschiedenen Behörden, die vor allem aus einem Kontrollzwang der Entscheider und Kostenträger heraus entstehen, kontinuierlich zu. Der befürchtete Vertrauensverlust in ein funktionierendes Gesundheitssystem wird dadurch lediglich beflügelt.

Die aktuelle Stimmung in der ambulanten Ärzteschaft muss als Alarmsignal für politische Entscheidungsträger sowie Vertreter der Krankenkassen auf Landes- und Bundesebene verstanden werden. Eine Fortsetzung der missachtenden Politik gegenüber niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Psychotherapeuten sowie deren Praxisteams führt mehr und mehr zu Demotivation, Frustration und letztlich dem Verlust dringend benötigter Versorgungsangebote.

Ohne einen tiefgreifenden Mentalitätswandel bei Politik und Krankenkassen über den Wert ambulanter Versorgungsstrukturen müssen sich die Menschen in Berlin und in der gesamten Bundesrepublik schon kurzfristig auf noch längere Wartezeiten und begrenzte Therapiemöglichkeiten einstellen. Statt des ständig politisch proklamierten „unbegrenzten Leistungsversprechens“, das ohnehin weder dauerhaft leistbar oder finanzierbar ist, sollte die Politik schleunigst die zugesagte Entbudgetierung der Hausärzt:innen umsetzen, dabei auch die Fachärzt:innen einbeziehen und sich mit einer sinnvollen Patientensteuerung auseinandersetzen.

Um Medizin nach den Vorgaben des Sozialgesetzbuches (wirtschaftlich, ausreichend, notwendig, zweckmäßig) betreiben zu können, brauchen die Vertragsärztinnen, Vertragsärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten die dafür dringend notwendigen Ressourcen: Praxisteams, Gerätschaften, Instrumente, Räume, die bezahlt werden können und vor allem Zeit, um sich auf die medizinische Versorgung des wichtigsten Personenkreises konzentrieren zu können: unsere Patientinnen und Patienten.



Foto © KV Berlin | Die VV verabschiedet in der Sitzung am 26.09.2024 geschlossen die Resolution